

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **V. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Die Streiks nach der amtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik.		Arbeiterversicherung. Ortskrankenkassenwahl in Stolp	784
Arbeiterbewegung. Der Deutsche Arbeiterfängerbund. — Aus den deutschen Gewerkschaften	777	Mitteilungen. Unterstützungsvereinigung. — Für die Bundesexpeditionen. — Für die Leser des Correspondenzblattes	784
Lohnbewegungen und Streiks. Die Bergarbeiterbewegung im Saarrevier	782	Hierzu: Inhaltsverzeichnisse für „Correspondenzblatt“ und „Anhang“ 1912.	
Aus Unternehmerkreisen. Die Baumunternehmer vor dem Kampf.	783		

Die Streiks nach der amtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik.

Es gilt als feststehende Tatsache, daß die sich irrümlisch „staatszerhaltend“ nennenden Parteien zur Reichsregierung stehen, auch wenn diese sich offenkundig im Unrecht befindet oder etwas tut, was dem Urteil des einfachsten Staatsbürgers widerspricht. Nur so ist es zu erklären, daß das dem Reiche unterstehende Statistische Amt Jahr für Jahr Berichte über die Streiks und Aussperrungen veröffentlicht darf, deren Unrichtigkeit seit einem Jahrzehnt erwiesen ist. Die Bearbeiter der Streikstatistik im Reichsstatistischen Amt dürften sich darüber klar sein, daß die amtliche Statistik über die Streiks, wie sie nach den vom Bundesrate festgesetzten Formularen aufgenommen wird, nicht die wahren Tatsachen wiedergibt. Zu dieser Erkenntnis ist auch der Reichstag gekommen. Er nahm deshalb in seiner Sitzung vom 3. März 1910 die folgende Resolution an, die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht war:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Aenderung der Formulare für die Statistik über die Streiks und Aussperrungen in Deutschland zu veranlassen, wonach das Reichsstatistische Amt an Stelle der heutigen unvollständigen und unzuverlässigen eine wissenschaftlich einwandfreie Streikstatistik veröffentlicht kann.“

Das Centrum, seiner Praxis getreu, immer dann, wenn die Sozialdemokratie einen Antrag im Reichstage einbringt, durch den ein bestehender Mißstand beseitigt werden soll, einen abgeschwächten Antrag einzubringen, um sich nachher dessen zu rühmen, daß ein „Centrumsantrag“ angenommen worden ist, brachte sofort auch hier folgende Resolution ein:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den Beirat für Arbeiterstatistik mit Beratungen darüber zu beauftragen, wie die Streikstatistik zu verbessern und weiter auszugestalten ist.“

In diesem Fall hatte die übliche Centrumstaktik nicht den gewünschten Erfolg, denn zunächst wurde

der sozialdemokratische Antrag angenommen, so daß der Centrumsantrag sich eigentlich als überflüssig erweisen hätte. Der erstere stellte an den Reichskanzler eine direkte Anforderung, der letztere gab ihm die Möglichkeit, die Sache ganz nach seinem Belieben zu regeln, denn die Beratungen des Beirats für Arbeiterstatistik sind keine Beschlüsse, denen der Bundesrat oder die Verbündeten Regierung Folge geben müssen. Der Herr Reichskanzler wählte den bei den Verbündeten Regierungen üblichen Weg, Beschlüsse des Reichstages, die diesen nicht passen, im Bundesrat erwägen zu lassen. Im Frühjahr 1912 wurde dem Reichstage dann mitgeteilt, daß die Erwägungen über die vorerwähnten Beschlüsse noch nicht abgeschlossen seien. Es wird weiter erwogen, und zwar nach der Richtung hin, wie man am besten um das herumkommt, was der Reichstag gefordert hat. Läßt sich die Sache beim besten Willen nicht umgehen, dann wird so lange erwogen, bis vor lauter Erwägung nichts mehr zu erwägen übrig bleibt und der Reichstag sich seiner Beschlüsse nicht mehr erinnert. Das nennt man dann in Deutschland maßgebenden Einfluß des Parlaments. Der Beirat für Arbeiterstatistik ist mit der Sache noch nicht befaßt worden und so läßt sich erwarten, daß alles beim alten bleibt und das Reichsstatistische Amt weiterhin die Pflicht hat, eine irreführende, den Tatsachen nicht entsprechende Streikstatistik zu veröffentlichen.

Läßt sich auch heute nicht mehr mit positiver Sicherheit der Nachweis im einzelnen für die Unrichtigkeit der amtlichen Statistik erbringen, wie dies in den Jahren 1901 bis 1905 möglich war, so bietet doch das geringe Material, das die amtliche Statistik jetzt enthält, immer noch die Vergleichsmöglichkeit mit der gewerkschaftlichen Streikstatistik. Für die Jahre 1901/05 konnten wir nachweisen, daß in der amtlichen Statistik 2085 Streiks und Aussperrungen mit 42 776 Beteiligten fehlten. Dann wurden dem Reichsamt des Innern oder vielleicht auch dem Reichsstatistischen Amt diese Nachweise unangenehm und die amtliche Statistik wurde „vereinfacht“, um den Gewerkschaften die Vergleichsmöglichkeit zu nehmen. Die „Vereinfachung“ reichte aber

nicht aus, es konnte für 1906 und 1907 mit absoluter Zuverlässigkeit erwiesen werden, daß in der amtlichen Statistik 257 resp. 441 Streiks und Aussperrungen fehlten, so daß für 1901/07 das Fehlen von 2783 wirtschaftlichen Kämpfen in der amtlichen Statistik erwiesen war. Dann „vereinfachte“ man die amtliche Statistik so, daß es nunmehr schien, als könne sie mit der gewerkschaftlichen nicht mehr verglichen werden. Und doch ist dieser Zweck nicht erreicht, wie die Gegenüberstellung in den Tabellen 1 und 2 zeigt.

Es muß zunächst festgehalten werden, daß in der gewerkschaftlichen Statistik nur die Streiks und Aussperrungen verzeichnet sind, die von den der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Verbänden geführt wurden. Nicht enthalten sind darin die von den christlichen Gewerkschaften oder sonstigen Organisationen oder auch von unorganisierten Arbeitern durchgeführten wirtschaftlichen Kämpfe. Die amtliche Streikstatistik aber muß alle diese Konflikte mit dem Unternehmertum registrieren, wenn sie auf Vollständigkeit und Zuverlässigkeit Anspruch erheben will. Deswegen muß die amtliche Statistik ohne weiteres mehr Streiks ausweisen, als die gewerkschaftliche. Auch die Zählungsmethode der amtlichen Statistik, die nach Verwaltungsbezirken erfolgt und Doppelzählungen unvermeidlich macht, muß die Zahl der Streiks und Aussperrungen in der amtlichen Statistik erhöhen. Einige Beispiele aus den Ergebnissen der Streikstatistik für 1911 mögen die Richtigkeit der letzteren Angabe bestätigen.

Der Verband der Bäcker zählt für Berlin einen Streik, der sich auf 95 Vororte erstreckte, die in verschiedenen Verwaltungsbezirken liegen. Die amtliche Statistik weist infolgedessen für die Provinz Brandenburg 2 Streiks mehr aus, als die gewerkschaftliche, während diese für Berlin 119 Streiks mehr nachweist als die amtliche. Ein Streik der Bergarbeiter im Königreich Sachsen erstreckte sich auf 8 Orte, ist in der gewerkschaftlichen Statistik aber nur als ein Streik gezählt. Ein anderer nur einmal gezählter Streik der Bergarbeiter erstreckte sich auf 25 Orte in Altenburg und die Provinz Sachsen. Die amtliche Statistik hat diese Streiks offenbar mehrfach gezählt, denn sie weist im Bergbau 52 Streiks mehr aus als die gewerkschaftliche. Die Steinseker waren in der Provinz Sachsen an 14 Orten ausgesperrt. Die Gewerkschaft zählte trotzdem nur eine Aussperrung. Das Resultat ist, daß die amtliche Statistik 17 Aussperrungen in der Provinz Sachsen mehr ausweist, als die gewerkschaftliche. Das gleiche Resultat ist für das Königreich Sachsen und die Provinz Schlesien zu verzeichnen. Im ersteren Fall zählten die Steinseker nur eine Aussperrung, obgleich an 10 Orten ausgesperrt wurde, in letzterem Fall eine Aussperrung, obgleich diese sich auf 20 Orte erstreckte. So werden dann schließlich in der amtlichen Statistik im Baugewerbe 38 Aussperrungen mehr gezählt, als in der gewerkschaftlichen, obgleich es keinem Zweifel unterliegen kann, daß dem Amt über eine sicher nicht unbeträchtliche Zahl von Aussperrungen nicht berichtet worden ist.

Läßt sich nachweisen, daß die amtliche Statistik für ganz Deutschland oder für einzelne Landesteile oder einzelne Industriegruppen weniger Streiks oder Aussperrungen zählt, als die gewerkschaftliche, so ist damit erwiesen, daß die amtliche Statistik unrichtig ist. Diesen Nachweis enthalten für die letzteren beiden Fälle für das Jahr 1911 die Tabellen 1

und 2, für den ersteren Fall bringt ihn die nachfolgende Aufstellung:

Jahr	Gewerksch. Statistik			Amtliche Statistik			Die amtliche Statistik weist	
	Streiks	Aussperrungen	Kämpfe insgesamt	Streiks	Aussperrungen	Kämpfe insgesamt	mehr nach	weniger nach
1901	674	33	707	1056	35	1091	384	—
1902	789	44	833	1060	46	1106	273	—
1903	1183	74	1257	1874	70	1944	187	—
1904	1475	100	1575	1870	120	1990	415	—
1905	2030	237	2267	2408	254	2657	390	—
1906	3008	346	3354	3328	298	3626	272	—
1907	2351	265	2616	2266	246	2512	—	104
1908	1764	225	1989	1847	177	2024	—	465
1909	1795	174	1969	1537	115	1652	—	317
1910	2173	964	3137	2113	1115	3228	91	—
1911	2642	144	2786	2566	232	2798	12	—

Sa. 19884 2806 22490 20920 2708 2362 2024 886

Es ist diese Zusammenstellung von den gleichartigen, in den früheren Jahren veröffentlichten insofern abweichend, als hier die Maiausperrungen nicht mitgezählt sind. Die gewerkschaftliche Statistik rechnete auch diese Aussperrungen zu den wirtschaftlichen Kämpfen, während die amtliche Statistik sie als ein Strafmittel der Unternehmer ansieht und sie deshalb nicht zu den Streiks und den wegen Differenzen über die Arbeitsverhältnisse erfolgenden Aussperrungen nicht hinzurechnet. Auch seitens einzelner Gewerkschaften wird in den letzten Jahren nach der Zählmethode des Statistischen Amtes verfahren, so daß die Angaben über die Maiausperrungen in der Gewerkschaftsstatistik nicht mehr vollständig sind und bei dem Vergleich zweckmäßiger fortfallen. Das Gesamtergebnis wird dadurch nur unwesentlich beeinflusst.

Während nun für die Jahre 1901 bis 1906 die amtliche Statistik mehr wirtschaftliche Kämpfe nachweist als die gewerkschaftliche, tritt in den folgenden drei Jahren das umgekehrte Verhältnis ein. Für 1910 bringt dann die amtliche Statistik 91 und für 1911 nur 12 Streiks und Aussperrungen mehr als die gewerkschaftliche. In beiden Fällen entfällt dieses Plus aber nur auf die Aussperrungen, denn für 1910 waren in der gewerkschaftlichen Statistik 60 und für 1911 sind 76 Streiks mehr ausgewiesen als in der amtlichen, während diese in den beiden Jahren 151 resp. 88 Aussperrungen mehr zählt als die gewerkschaftliche. Die Erklärung ist durch die bereits geschilderte Doppelzählung in der amtlichen Statistik gegeben. In Wahrheit sind somit auch für die letzten beiden Jahre in der amtlichen Statistik weniger wirtschaftliche Kämpfe nachgewiesen als durch die gewerkschaftliche. Und damit ist auch für die Zeit seit 1907, trotz geringerer Vergleichsmöglichkeit durch die „Vereinfachung“ der amtlichen Statistik, der Nachweis erbracht, daß diese unvollständig und unzuverlässig ist.

Betrachten wir das Ergebnis des Vergleichs für 1911, so zeigt sich die Richtigkeit unserer Behauptung noch deutlicher. Da zählt die amtliche Statistik weniger Streiks als die gewerkschaftliche für Berlin 119, Schlesien 45, Pommern 21, Württemberg 15, Baden 12 ufm. Ueber diese oder, wie nach der amtlichen Zählmethode anzunehmen, einer noch größeren Anzahl Streiks muß dem Statistischen Amt kein Bericht zugegangen sein. Für die Industriegruppen

Tabelle 1.
Gegenüberstellung der Streiks und Aussperrungen nach der gewerkschaftlichen und der amtlichen Streikstatistik 1911, geordnet nach Staaten und Landesteilen.

Staaten und Landesteile	Beendete Angriff- und Abwehrstreiks								Beendete Aussperrungen							
	Zahl der Streiks nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerksch. Statistik		Zahl der an den Streiks beteiligten Personen nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerksch. Statistik		Zahl der Aussperrungen nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerksch. Statistik		Zahl der an den Aussperrungen beteiligten Personen nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerksch. Statistik	
	gewerksch. Statistik	amtliche Statistik	+	-	gewerksch. Statistik	amtliche Statistik	+	-	gewerksch. Statistik	amtliche Statistik	+	-	gewerksch. Statistik	amtliche Statistik	+	-
Provinz Ostpreußen . . .	56	59	3	--	3548	3047	--	501	4	10	6	--	2036	2095	59	--
" Westpreußen . . .	37	30	--	7	2052	3030	978	--	2	1	--	1	1548	12	1536	--
Stadt Berlin . . .	306	187	--	119	48136	42036	--	6100	8	3	--	5	31629	47382	15753	--
Provinz Brandenburg . . .	193	195	2	--	7618	11127	3509	--	10	20	10	--	2447	13632	11185	--
" Pommern . . .	87	66	--	21	4620	4134	--	486	3	4	1	--	121	215	94	--
" Posen . . .	27	56	29	--	1280	3999	2719	--	3	3	--	--	460	460	--	--
" Schlesien . . .	130	85	--	45	7862	8647	785	--	10	16	6	--	861	560	--	301
" Sachsen . . .	154	144	--	10	12307	17000	4693	--	12	29	17	--	3463	2323	--	1140
" Schlesw.-Holst. . .	61	73	12	--	4701	3706	--	995	3	5	2	--	86	1740	1654	--
" Hannover . . .	109	106	--	3	4467	6160	1693	--	8	9	1	--	316	972	656	--
" Westfalen . . .	103	127	24	--	5917	9942	4025	--	4	18	14	--	510	4068	3558	--
" Hessen-Nassau . . .	85	76	--	9	3499	3806	307	--	4	5	1	--	562	495	--	67
" Rheinland . . .	184	207	23	--	12611	13422	811	--	7	25	18	--	78	1651	1573	--
Hohenzollern . . .	1	1	--	--	93	79	--	14	7	25	18	--	--	--	--	--
Preußen . . .	1533	1412	--	121	118711	130135	11424	--	75	148	73	--	43657	75605	31948	--
Bayern . . .	235	260	25	--	16333	19144	2811	--	12	8	--	4	6106	5089	--	1017
Sachsen . . .	276	317	41	--	22271	26941	4670	--	19	41	22	--	39250	40281	1031	--
Württemberg . . .	69	54	--	15	3744	3940	196	--	6	2	--	4	2842	2489	--	353
Baden . . .	63	51	--	12	3737	4588	851	--	2	5	3	--	683	8999	8316	--
Hessen . . .	57	50	--	7	3141	2526	--	615	2	1	--	1	157	113	--	44
Mecklenburg-Schwerin . . .	18	12	--	6	747	400	--	347	2	1	--	1	18	7	--	11
Großherzogtum Sachsen . . .	21	20	--	1	865	1062	197	--	3	2	--	1	953	736	--	217
Mecklenburg-Strelitz . . .	3	--	--	3	43	--	--	43	--	--	--	--	--	--	--	--
Oldenburg . . .	24	18	--	6	1556	948	--	608	1	1	--	--	105	99	--	6
Braunschweig . . .	35	41	6	--	2608	2021	--	587	1	1	--	--	4	36	92	--
Sachsen-Meiningen . . .	11	7	--	4	260	157	--	103	1	3	2	--	526	560	34	--
Sachsen-Altenburg . . .	16	20	4	--	6548	3487	--	3061	3	5	2	--	1306	1147	--	159
Sachsen-Coburg-Gotha . . .	18	16	--	2	664	749	85	--	5	3	--	2	1471	1171	--	300
Anhalt . . .	18	20	2	--	694	780	86	--	1	1	--	--	28	26	--	2
Schwarzb.-Sondershausen . . .	5	4	--	1	81	66	--	15	1	--	--	1	1	--	--	1
Schwarzburg-Rudolstadt . . .	8	4	--	4	868	580	--	288	1	1	--	--	35	34	--	1
Balded . . .	--	1	1	--	--	240	240	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Neuß ältere Linie . . .	5	5	--	--	990	776	--	214	1	2	1	--	23	37	14	--
Neuß jüngere Linie . . .	11	16	5	--	312	1067	755	--	1	3	2	--	1177	800	--	377
Schaumburg-Lippe . . .	6	3	--	3	104	48	--	56	--	--	--	--	--	--	--	--
Lippe . . .	13	8	--	5	463	171	--	292	1	1	--	--	21	21	--	--
Lübeck . . .	9	6	--	3	148	107	--	41	--	--	--	--	--	--	--	--
Bremen . . .	68	56	--	12	5412	5283	--	129	1	--	--	1	159	--	--	159
Hamburg . . .	68	10	33	--	8761	6273	--	2488	5	2	--	3	462	1010	548	--
Elßaß-Lothringen . . .	52	64	12	--	4638	6320	1682	--	--	1	1	--	--	34	34	--
Deutsches Reich	2642	2566	--	76	203699	217809	14110	--	144	232	88	--	98984	138854	39370	--

Anmerkungen zu den Tabellen 1 u. 2. Außer den am Jahreschluss nicht beendet gewesenen Streiks und Aussperrungen mit Beteiligten sind bei der gewerkschaftlichen Statistik 9 Meisterausperrungen mit 531 Beteiligten ausgeschlossen worden, da die amtliche Statistik diese Aussperrungen in ihrem Tabellenmerk ausschließt. Es mußten ferner bei dem Vergleich 2210 an Streiks und 129 an Aussperrungen beteiligte Personen ausgeschlossen werden. Diese Personen sind von 2 Verbänden ohne Bezeichnung der Streikorte „als an den Kämpfen anderer Verbände beteiligt gewesen“ registriert worden.

Daselbe Bild. Im Baugewerbe 149, in der Holzindustrie 87, in der Lederindustrie 24 Streiks in der amtlichen Statistik weniger als in der gewerkschaftlichen. Sollte angesichts dieser Tatsachen wirklich noch jemand an die Richtigkeit der amtlichen Statistik glauben, so ist er um diesen mehr als felsenfesten Glauben zu beneiden.

Aus den in den beiden Statistiken abweichenden Angaben über die Zahl der an den wirtschaftlichen Kämpfen beteiligten Personen lassen sich keine Schlüsse ziehen. Aber auf eine Zahl sei hingewiesen, durch welche die Richtigkeit der amtlichen Statistik wiederum in eigentümlichem Lichte erscheint. Die gewerkschaftliche Statistik zählt für Berlin 8 Aus-

Tabelle 3. Gesamtübersicht über die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen 1911, gruppiert nach Staaten und Landesstellen.

Staaten und Landesstelle	Es fanden statt						Es endeten erfolgreich und teilweise erfolgreich						Zum Jahresfluß nicht beendet											
	Bewegung ohne Arbeits-einstellung		Aus-perrungen		Bewegungen insgesamt		Angriff- und Abwehr-streiks		Aus-perrungen		Bewegungen insgesamt		Bewegung in Proz. 2		Streiks		Aus-perrungen							
	Stück	Tag	Stück	Tag	Stück	Tag	Stück	Tag	Stück	Tag	Stück	Tag	Stück	Tag	Stück	Tag	Stück	Tag						
Preußen	3322	326480	1573	120647	52629	493690	5080	4940	3117	302347	1217	81243	51	40180	4355	423770	90.5	86.3	40	1936	28	8859		
Bahern	857	72157	241	17101	6228	55496	1114	1152	790	61620	203	12888	8	5923	1001	80411	97.7	85.0	6	768	4	122		
Sachsen	906	93392	282	23600	39638	1213	15520	882	80070	802	29706	18	37305	1390	148181	93.3	94.4	6	6	6	768	4	122	
Württemberg	406	31368	71	3870	3008	487	38246	504	378	484	29132	61	3926	4	2572	489	35710	96.1	96.1	2	136	4	167	
Baden	210	20435	63	3737	173	211	23638	218	240	143	18841	53	3373	1	543	280	22737	91.2	87.5	2	—	—	58	
Hessen	149	29881	59	3214	173	211	23638	218	240	143	18841	53	3373	1	543	280	22737	91.2	87.5	2	—	—	58	
Westfalen	71	2805	19	757	2	18	92	936	69	2455	15	353	2	18	86	3228	90.9	82.0	2	73	1	16		
Schlesien	70	2709	21	865	3	963	94	4627	64	2380	20	813	3	953	87	4160	92.5	91.9	1	10	—	16		
Sachsen-Anhalt	55	1770	24	1556	3	43	30	133	5	50	12	12	12	105	73	3277	75.0	76.7	—	—	—	—		
Brandenburg	90	7283	36	2614	73	129	9650	138	86	7120	26	897	1	105	12	8017	91.2	89.7	—	—	—	—		
Sachsen-Meiningen	22	650	11	290	606	35	1516	0.36	0.14	21	615	10	240	1	511	32	1366	88.2	80.7	1	6	1	8	
Sachsen-Altenburg	47	2184	16	6548	3	1306	66	10038	0.68	0.99	43	2152	14	674	3	1268	90	4084	90.9	40.8	—	—	—	
Anhalt	35	1384	18	684	5	1471	58	3830	0.70	0.78	46	1384	16	684	4	1461	55	3489	94.8	99.1	—	—	—	
Schwarzburg-Rudolstadt	15	1055	5	81	1	21	1137	0.22	0.11	13	1043	17	584	—	—	63	3407	93.9	89.7	1	33	—	—	
Schwarzburg-Sondershausen	18	729	8	868	1	35	27	1632	0.16	0.17	7	709	7	642	—	—	14	1074	63.7	94.5	—	—	—	
Bayern	1	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Bayern ältere Linie	17	1684	5	990	1	337	2	311	0.02	0.02	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
Bayern jüngere Linie	40	4092	13	412	1	1177	54	5681	0.56	0.56	6	1684	6	990	23	2897	100.0	100.0	—	—	—	—	—	
Sachsen	2	123	6	104	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Sachsen-Altenburg	37	4069	13	463	2	625	24	1512	0.25	0.15	9	454	13	60	5	183	92.5	80.6	2	100	—	—		
Bremen	3	208	40	4445	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hamburg	73	11076	70	7022	3	1210	146	19338	1.61	1.91	71	11038	60	4781	1	179	44	4252	95.6	96.1	1	674	—	
Schleswig-Holstein	200	33957	68	8761	9	2505	277	46323	2.87	4.48	198	33924	53	7846	6	481	257	15975	92.9	93.5	2	1610	2	1081
Deutsches Reich	106	8582	53	4711	159	13296	164	131	199	6191	44	3089	143	1039	143	1039	90.5	77.6	1	76	—	—		
Deutsches Reich	6756	686416	2707	211896	207	113357	9670	1011669	—	—	6494	639195	2146	147578	107	93095	8747	879868	91.6	97.5	65	5987	54	13713

Anmerkung. 1. In den Zeilen für das Deutsche Reich befinden sich 5 Bewegungen und 29.087 Streiks, die bei der Gruppierung nach Staaten und Landesstellen ausgefallen sind, da sie die Zahlen der Beteiligten nicht einem bestimmten Landeskreis zuordnen ließen. 2. Die am Jahresfluß nicht beendet gebliebenen Fälle nebst den daran beteiligten gewerkschaftlichen Personen sind bei der Berechnung ausgefallen. 3. Die am Jahresfluß nicht beendet gebliebenen Fälle nebst den daran beteiligten gewerkschaftlichen Personen sind bei der Berechnung ausgefallen. 4. Die am Jahresfluß nicht beendet gebliebenen Fälle nebst den daran beteiligten gewerkschaftlichen Personen sind bei der Berechnung ausgefallen. 5. Die am Jahresfluß nicht beendet gebliebenen Fälle nebst den daran beteiligten gewerkschaftlichen Personen sind bei der Berechnung ausgefallen.

schaften, ist sicher die Ergänzung der amtlichen Statistik, die in Tabelle 3 gegeben wird. Die Registrierung der Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung nach Landesteilen ist bisher noch nicht erfolgt. Die amtliche Statistik weiß über diese Bewegungen nichts zu berichten, obgleich erst dann ein vollständiges Bild der wirtschaftlichen Kämpfe gegeben wird, wenn mit den Streiks und Aussperrungen auch diese Lohnbewegungen dargestellt werden. Jedoch, die amtliche Streikstatistik hat eine andere Aufgabe, als eine Darstellung des Ringens der Arbeiterklasse um eine höhere Lebenshaltung zu geben. Ihre Aufgabe soll sein, das Material zu beschaffen, auf Grund dessen man Gesetzesbestimmungen erlassen kann, geeignet, dieses Aufstreben der Arbeiter zu behindern. Doch, auch diesen Zweck kann die amtliche Streikstatistik nicht erfüllen. Wer wird das in dieser Statistik gegen die Gewerkschaften gesammelte Material für richtig halten, wenn die Statistik selbst unrichtig ist. Diese Erkenntnis sollte denen, die für die amtliche Streikstatistik verantwortlich sind, jetzt schließlich kommen. Was auf dem Gebiete der Statistik über die wirtschaftlichen Kämpfe geleistet werden kann, zeigen die Veröffentlichungen der Gewerkschaften und zeigt auch die Tabelle 3 aufs neue. Eine solche Statistik kann aber amtlicherseits nicht gegen die Arbeiter und deren Organisationen, sondern nur mit deren Hilfe gemacht werden. Ehe man sich amtlicherseits nicht zu diesem ersten Erfordernis für eine Arbeiterstatistik bekennen wird, bleibt die amtliche Streikstatistik wertlos. Der Beweis hierfür ist seit Jahren und nunmehr wieder erbracht. Daran ändern alle Reden der Regierungsvertreter nichts, und die Dinge werden nicht anders, auch wenn man amtlicherseits nicht sehen will, was ist. Dafür sahen andere Leute, denen man ein Urteil in der Sache zutrauen darf, um so besser, und wir werden nicht ermangeln, dafür zu wirken, daß man auch im Reichsamt des Innern und im Bundesrat zu dem Urteil über die amtliche Streikstatistik kommt, wie es von den Vertretern der Wissenschaft schon lange gefällt ist.

C. Legien.

Arbeiterbewegung.

Der Deutsche Arbeitersängerbund,

der seit zwanzig Jahren die Centralisation der Arbeiter-Gesangvereine Deutschlands darstellt, zählt zurzeit 165 000 Mitglieder und 100 000 aktive Sänger. Im Jahre 1892 wurde ein erster Delegiertentag der Arbeiter-Sängerbünde Deutschlands abgehalten, auf dem als Centralorganisation die „Liedergemeinschaft“ gegründet wurde. Schon 1894 betrug die Mitgliederzahl 19 322. Im Jahre 1908 wurde der Titel in „Arbeiter-Sängerbund“ umgeändert und eine festere Organisation durchgeführt. Schon damals zählte die Organisation 100 000 aktive und passive Mitglieder, in den seitdem verstrichenen 4 Jahren sind weitere 65 000 Mitglieder hinzugekommen. Die vom Bund herausgegebene „Deutsche Arbeiter-Sängerzeitung“ erscheint zweimonatlich, die Auflage beträgt zurzeit 100 000.

Zweifellos hat der Arbeiter-Sängerbund eine nicht unbedeutende Aufgabe zu erfüllen. Der Arbeitergesang hat in den beiden letzten Jahrzehnten einen erfreulichen Aufschwung genommen und manches Arbeiterfest wurde durch die Mitwirkung der Arbeiter-Sänger verschönert. Zu bedauern ist nur, daß die Zersplitterung in viele kleine Vereine die

Leistungen oft herabmindert. Und gerade hier hat der „Bund“ Einhalt zu bieten versucht. Durch die Centralisation im „Arbeiter-Sängerbund“ kann in erfolgreicher Weise der Zersplitterung entgegen gewirkt werden und auch in sonstiger Hinsicht für eine zweckentsprechende Organisation und Hebung der Arbeiterchöre gesorgt werden.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

An der Arbeitslosenenzählung des Bauarbeiterverbandes am 26. Oktober beteiligten sich 961 Zweigvereine mit 333 024 Mitgliedern, darunter 300 892 Befragte. Von den Befragten waren am 26. Oktober 271 214 = 90,1 Proz. in Arbeit und 29 678 = 9,9 Proz. arbeitslos. Die Ursache der Arbeitslosigkeit war bei 19 868 Arbeitsmangel, bei 2700 Witterungsverhältnisse und bei 7110 Krankheit. In Prozenten ausgedrückt waren arbeitslos: 6,6 Proz. wegen Arbeitsmangels, 0,9 Proz. wegen Witterungsverhältnisse und 2,4 Proz. wegen Krankheit. Von den einzelnen Berufsgruppen waren die Stuckateure, wie schon im September, am stärksten betroffen und die Isolierer am wenigsten. Von den Stuckateuren waren 11,4 vom Hundert arbeitslos, von den Isolierern 7,5. Von den übrigen Berufen waren bei den Maurern 9,1, bei den Zementleuren 10,2, bei den Hilfsarbeitern 11,1 und bei den Erdarbeitern 10,5 vom Hundert arbeitslos.

Der Steinarbeiterverband zählte am Schlusse des dritten Quartals 30 089 Mitglieder gegen 29 848 Mitglieder am Schlusse des zweiten Quartals.

Der Zimmererverband beschloß das dritte Quartal mit einem Mitgliederbestand von 65 102 gegen 60 662 am Schlusse des gleichen Quartals 1911. Von den Ausgaben der Verbandskasse im dritten Quartal entfielen 7852 Mk. auf Streikunterstützung, 1277 Mk. auf Gemahregeltensunterstützung, 28 186 Mk. auf Agitation und 12 669 Mk. auf Arbeitslosenunterstützung. Der Vermögensbestand betrug 3 990 949 Mk., davon 3 185 753 Mk. in der Hauptkasse.

Lohnbewegungen und Streiks.

Die Bergarbeiterbewegung im Saarrevier.

Die von uns bereits mitgeteilte Bewegung der Arbeiter im Saarrevier gegen die vom Bergwerks einseitig erlassene Arbeitsordnung und für eine geringfügige Lohnerhöhung hat inzwischen zu einer Aktion des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter geführt. Die „christlichen“ Führer haben der Erbitterung ihrer Mitglieder Folge gegeben und in einer Revierkonferenz ist der Beschluß gefaßt worden, am 18. Dezember die Kündigung einzureichen, so daß die Arbeitseinstellung am 2. Januar erfolgen würde, wenn zuvor eine Einigung nicht erzielt wird. In der Konferenz wurde mitgeteilt, daß von 50 000 Arbeitern rund 30 000 unterschrieben ihre Zustimmung zu allen notwendigen Maßnahmen der Arbeitervertreter gegeben hätten.

Die „Christlichen“ gehen in der ganzen Angelegenheit selbständig vor, sie lehnen nicht nur jede Mitwirkung der anderen Organisationen an der Leitung der Bewegung ab, sondern sie haben auch den Vertretern der anderen Organisationen in den Versammlungen der Arbeiter das Wort verweigert. Die gleichen Leute pflegen sich über den „Terror“ der freien Gewerkschaften zu beklagen! Gleichviel hat der Bergarbeiterverband angeordnet, daß seine Mitglieder im Saarrevier Solidarität zu üben

haben, falls der Streik proklamiert wird, also sich dem anzuschließen und keinen Streikbruch begehen, wie es die „Christlichen“ im Ruhrrevier taten. Eine gleiche Haltung nimmt der Hirsch-Dundersche Gewerksverein der Bergarbeiter ein, der in seinem Blatte folgende Erklärung veröffentlicht:

„Wir bemerken noch, daß der christliche Gewerksverein allein vorgegangen ist, weder vor der Konferenz noch zu derselben selbst irgendeine andere Organisation zugezogen hat. Diese Tatsache wird den anderen christlichen Verbänden noch recht unangenehm sein. Denn diese haben keinerlei Ursache mehr, sich über die freien Verbände zu entrüsten, wenn sie irgendwelche Verhältnisse mit den Unternehmern allein zu regeln versuchen. Diese Tatsache allein ist nach der bisher von den Christlichen gewünschten Praxis so ungeheuerlich, daß man immer wieder nach den Ursachen zu suchen versucht wird.“

Weiteres hierüber ist später zu sagen, wir beabsichtigen nämlich nicht den Christlichen im Saarrevier mit dem Gleichen zu dienen, mit dem diese den Ruhrbergarbeitern gedient haben. Dazu stehen uns die Interessen der Bergarbeiter zu hoch.“

Diese Haltung entspricht also den Maßnahmen des Bergarbeiterverbandes. Dagegen machen die Berliner Facharbeiter gegen den Streik mobil; diese werden auch nicht vor dem Streikbruch zurückschrecken, um einen Erfolg der Arbeiter zu verhindern.

Der Fiskus nimmt eine drohende Haltung, wie man das bei ihm gewohnt ist, ein. Zunächst hat er abgelehnt, die Kündigung der Arbeiter durch die Arbeiterausschüsse entgegenzunehmen. Er droht weiter, daß die Wiederanlegung der Arbeiter nach dem Ermessen der Bergverwaltung erfolgen wird und in verwickelter Weise werden Kündigung der Bauprämien und Vorschüsse in Aussicht gestellt. Damit sollen die Arbeiter müde gemacht werden, die sechhaft geworden sind mit Hilfe des Fiskus. Dieser würde mit der Verwirklichung der Drohung nur beweisen, daß er bei der Unterdrückung der Arbeiter mit der gleichen Brutalität vorzugehen weiß, wie die westfälischen und schlesischen Grubenmagnaten.

Gegenüber der Haltung des Fiskus und einem Teile der bürgerlichen Presse veröffentlicht die christliche Leitung folgende Erklärung:

„Zu diesen Einwänden bemerken wir folgendes:

1. Außerordentliche Zeitumstände erfordern außerordentliche Maßnahmen. Die gesetzlichen Vertreter der Belegschaften, die sonst zu allem kompetent sind, können u. E. auch den Inspektionen den Willen der Belegschaften, in diesem Falle den Willen der von ihnen vertretenen Belegschaftsmitglieder unterbreiten. Im umgekehrten Falle, bei Aussperrungen, kündigen die Unternehmer durch Anschlag am schwarzen Brett oder durch Ansage in den einzelnen Betriebspunkten. Es wird von den Belegschaften und von ihren Vertretern abgelehnt, die Kündigung jedes einzelnen vorzunehmen. Die Belegschaften lassen sich, in Kenntnis der Eigenschaften des Saarfiskus, nicht nach dem Muster „teile und herrsche“, welches ohne Zweifel angewendet werden soll, auseinander reißen. Die Bergverwaltung ist von den gesetzlichen Vertretern der Arbeiter auf der ganzen Linie am 18. Dezember über den Willen der Belegschaften informiert worden und der 2. Januar wird zeigen, daß die gesamten Belegschaften hinter ihren Vertretern stehen. Juristische Definitionen und Formalien können die Vertreter der Saarbergleute nicht abhalten, die zweckentsprechendsten, wirksamsten Mittel anzuwenden, da der Kampf nicht nur angesagt, sondern bereits entbrannt ist.

2. Die über 30 000 Bergleute, die sich unterschrieben verpflichtet, haben ihre Zustimmung zu allen notwendigen und zweckentsprechenden Maßnahmen der Arbeitervertreter gegeben.

3. Der Schluppassus der am 15. Dezember einstimmig angenommenen Resolution soll lediglich die Bergleute ermuntern, dem Gewerksverein beizutreten und den angebotenen finanziellen und moralischen Schutz auch wirklich durch Beitrittserklärung anzunehmen. Dieses ist denn auch von den Bergleuten verstanden worden. Sie haben sich in den letzten Tagen nicht nur mit den Maßnahmen einverstanden erklärt, sondern sind auch zu vielen Tausenden in die Organisation eingetreten. Nachdem nun sowohl diese Voraussetzung zutrifft, und auch die Belegschaftsversammlungen einstimmig, mit Ausnahme von 6 „Berliner“ Stimmen, sich dem Streikbeschuß der Revierkonferenz angeschlossen haben, fallen alle Bedenken der Organisationsleitung; sie sichert allen, die sich bis 2. Januar organisieren, die statutenmäßige Streikunterstützung zu, da die Bedingungen zu einem erfolgreichen Streik nunmehr sicher vorhanden sind.

4. Die angewandte Art der Kündigung wurde einstimmig sowohl in der Revierkonferenz als auch in den Belegschaftsversammlungen gutgeheißen.“

Der Anfang des Absatzes 3 läßt schließlich Zweifel an dem ehrlichen Willen der „Christen“ aufkommen, durch diese Aktion mehr erreichen zu wollen als eine mit groben Mitteln durchgeführte Agitation zur Gewinnung von Mitgliedern. Aber die Tatsache der Kündigung durch die Arbeiterausschüsse bleibt bestehen und der 2. Januar wird zeigen, ob der Gewerksverein christlicher Bergleute zur ernstlichen Aktion ebenso entschlossen ist, wie er sich in obiger Erklärung den Anschein gibt. An der Solidarität der im alten Verband organisierten Arbeiter wird es nicht fehlen.

Aus Unternehmerkreisen.

Die Bauunternehmer vor dem Kampfe.

Der Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe, der mit seinem 1910 unternommenen Kampf gegen die Arbeiterschaft sein Ziel nicht erreichte, hat inzwischen seine Rüstungen fortgesetzt. Verschiedene baugewerbliche Unternehmerorganisationen sind seit dem Jahre 1910 in die Gefolgschaft des Bundes gebracht worden und mit anderen, wie Holzindustrielle, Malermeister usw., ist eine Verständigung gesucht worden. Soweit scheint also das Zusammenwirken der Unternehmer in diesem weitverzweigten Gewerbe gesichert zu sein.

Ebenso wichtig ist aber eine andere Aktion des Bauarbeitgeberbundes, die auf eine Bindung aller Baumaterialienlieferanten im Reiche hinausläuft. Zwar haben die organisierten Bauunternehmer auch früher innerhalb der einzelnen Orte bezw. Bezirke bei Kämpfen mit den Arbeitern die Zufuhr von Baumaterialien zu unterbinden gesucht, wo einzelne Firmen sich mit der Arbeitern geeinigt hatten. Zum kommenden Vertragsablauf im Baugewerbe hat der Arbeitgeberbund jedoch diese Angelegenheit auf zentrale Grundlage gestellt und mit den Organisationen der Baumaterialienlieferanten Verträge abgeschlossen, deren Zweck aus folgenden Mitteilungen des Bundes an seine Mitglieder hervorgeht:

1. Der wirtschaftliche Ausschuß der Vereinigten Portlandzementfabriken, e. V., hat den Beschluß gefaßt, den Mitgliedern des Vereins sowie wirtschaftlichen Vereinigungen der Zement-

industrie zu empfehlen, in die Verkaufsbedingungen folgenden Passus aufzunehmen:

Während der Dauer eines Streits oder einer Aussperrung im deutschen Baugewerbe ruhen für die Gebiete und Baustellen, die der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe bezeichnet, alle unsere Lieferungsverpflichtungen, ebenso die Abnahmeverpflichtungen unserer Abnehmer beiderseits ohne Anspruch auf Schadenersatz. Während des Ruhens der Abnahmeverpflichtung darf für die bezeichneten Gebiete und Baustellen kein anderer Zement gekauft, bezogen oder verarbeitet werden.

2. Zwischen dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und dem Verband vereinigter Baumaterialienhändler Deutschlands, e. V., ist eine Vereinbarung getroffen worden, nach welcher der letztgenannte Verband die Streikklausel angenommen hat und sich verpflichtet, seine Mitglieder anzuhalten, im Falle von Lohnkämpfen das organisierte Baugewerbe durch Nichtlieferung an Außenseiter zu unterstützen, wogegen sich der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe verpflichtet, seine Mitglieder anzuhalten, bei gleichen Preisen in erster Linie von Mitgliedern des Verbandes vereinigter Baumaterialienhändler Deutschlands zu kaufen und auf seine jetzigen Händlermitglieder dahin einzuwirken, daß sie dem Verbands vereinigter Baumaterialienhändler beitreten."

Damit hätten die baugewerblichen Unternehmer den Ring vollends abgeschlossen. Diejenigen Unternehmer, die sich gegen die scharfmachenden Tendenzen des Bundes auflehnen, sollen auf diesem Wege zur Unfähigkeit gezwungen werden.

Die Arbeiter werden sich mit diesem Stand der Dinge gewiß abfinden. Der „Grundstein“ des Bauarbeiterverbandes beurteilt die Situation auch sehr kühl. Er weist darauf hin, daß diese Maßnahmen geeignet sind, in weiten Kreisen den Glauben an einen gewaltigen Kampf zum kommenden Frühjahr zu erwecken und erklärt dann weiter:

„Um dieser unnötigen und wirtschaftsschädlichen Unruhmigung der Öffentlichkeit entgegenzutreten, möchten wir hier betonen, daß wir in der bisherigen Gestaltung der Tatsachen keinen berechtigten Anlaß zu solchen Besorgnissen sehen. Selbstverständlich besteht die Möglichkeit eines Scheiterns der Verhandlungen und damit eines sehr großen Kampfes. Solche Möglichkeit besteht in solchen Fällen eben immer, und es läßt sich auch nicht vermeiden, daß die wirtschaftliche Tätigkeit dadurch etwas gelähmt wird. Aber mehr als eben diese Möglichkeit besteht zurzeit noch nicht, und darum sind all die Besorgnisse einseitigen noch unberechtigt. Was will man eigentlich schon? Weder die Unternehmer noch die Gewerkschaften haben bisher kundgetan, mit welchen Ansprüchen sie hervortreten gedenken. Selbst über Art und Zeitpunkt der Verhandlungen ist es bis jetzt noch nicht zu Vereinbarungen gekommen.“

Der Staatssekretär des Innern, Herr Dr. Delbrück, hat ja bereits den Gewerbegerichtsdirktor Dr. Brenner in München mit der Einleitung der Verhandlungen betraut. Die Maßnahmen der Bauunternehmer haben die Reichsregierung also veranlaßt, geeignete Schritte zur Vermeidung eines für das ganze Wirtschaftsleben verhängnisvollen Kampfes im Baugewerbe zu unternehmen. Gegen diese Maßnahme der Reichsregierung ist nichts einzuwenden. Die Verhandlungen werden auch darüber Aufklärung geben, ob die baugewerblichen Unternehmer bewußt auf den Kampf lossteuern, oder ob sie einer

friedlichen Regelung der Dinge geneigt sind. Die Arbeiterschaft ist auf den Kampf gerüstet, aber sie ist wie bisher zu einer friedlichen Erledigung der strittigen Fragen bereit.

Arbeiterversicherung.

Ortskrankentassenwahl in Stolp.

Bei den Vertreterwahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse siegte wieder die Liste der freien Gewerkschaften. Von 1678 abgegebenen Stimmen entfielen auf die Liste des Kartells 933, während der nationale Mißmachsch 725 Stimmen auf sich vereinigte. Gewählt wurde getrennt nach Geschlechtern; im einzelnen war das Ergebnis folgendes: für die erste Liste stimmten 600 männliche und 333 weibliche, für letztere 343 männliche und 382 weibliche Mitglieder. Unter den gewählten Vertretern befinden sich jetzt unsererseits 3 weibliche Vertreter (Geimarbeiterinnen). Der Wahlkampf ist schon seit Jahren scharf geführt worden, aber die letzten Ereignisse zeigen deutlich, wohin die Fahrt geht. Beachtenswert ist hierbei die Tatsache, daß die seit mehr als 25 Jahre bestehenden Gewerkvereine (G.-V.) die Führung in diesem Kampfe der erst seit zwei Jahren bestehenden Evangelischen Arbeiterverein überlassen haben.

Mitteilungen.

Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

Berlin:	Brühl, Paul, Parteisekretär,
"	Drendel, Alfred, Angestellter des Malerverbandes.
"	Friedewald, Willy, Expedient.
"	Wendel, Franz, Angestellter des Holzarbeiterverbandes.
Dresden:	Thierfelder, Cäsar, Ang. des Schneiderverbandes.
Emden:	Blum, Friedrich, Angestellter des Bauarbeiterverbandes.
Essen:	Tiggess, Anton, Angestellter des Malerverbandes.
Frankfurt a. M.:	Ennenbach, Sophie, Ang. des Hausangestelltenverbandes.
Köslin:	Parßsch, Richard, Angestellter des Fabrikarbeiterverbandes.
Leipzig:	Braune, Fr., Ang. d. Malerverb.
Weißenfels:	Burgau, Ludwig, Verichterh.
Wermelskirchen:	Reek, Otto, Angestellter d. Schuhmacherverbandes.
Zeitz:	Fuchs, Karl, Expedient.

Für die Verbandsexpeditionen.

Der Nr. 1 des neuen Jahrganges des „Corr.-Blatt“ wird die Adressen-Beilage Nr. 1 beigegeben. Diese Nummer erscheint im Umfange von 24 Seiten.

Für die Leser des „Correspondenzblattes“.

Diese Nr. 52 des „Corr.-Bl.“ enthält das Jahres-Inhaltsverzeichnis für 1912 sowie das Spezial-Inhaltsverzeichnis für den Anlagenband (Statistische, Literatur-, Arbeiterrechts- und Adressen-Beilagen).

